Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 35mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 519. Halle, Dienstag, den 5. November. 1918.

Aufruf der Regierung an das deutsche Volk.

Bolschewistische Kundgebungen in Kiel, Stuttgart und München. — Des Kaisers Dank an das Westheer. Eine neue Riesenschlacht im Westen. — Wilsons Wahlen.

Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung.

Appell zur Mitwirkung des ganzen Volkes. — Vorbereitungsarbeiten für eine bessere Zukunft. — Die wichtigsten Aufgaben. — „Unser Leitstern ist die gesicherte Zukunft Deutschlands".

WTB. Berlin, 4. Nov. (Drahtnachricht.) Amtlich wird bekannt gegeben:

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen daran schwer tragen und die Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht: Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie ist erlassen.

Preßfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet, doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in Verwaltung und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung in Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird die Erreichung eines dauernden Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem anderen Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und durch ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Wohnungsfürsorge, Erwerbslosen-Unterstützung und andre Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon durchgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe, Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Ihr Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern!

Berlin, 4. November 1918.

Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers von Payer, der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Rödern, Dr. v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Freiherr v. Stein, Schiedemann, Gröber, Erzberger, Haußmann Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Kriegsminister Scheuch.

Die Sehnsucht nach der Diktatur.

Eine Diktatur wurde bis in die letzten Tage hinein von der Rechten angestrebt. Dort trug man sich immer noch mit der Hoffnung, daß dem Reiche eines Tages der gewaltige militärische Machthaber erstehen könnte, der nicht nur an der Front der starke Mann wäre, sondern der auch in der Heimat jeden liberalen Gedanken und jede fortschrittliche Errungenschaft mit fester Hand unterdrücken würde. Man dachte auf der Rechten bei dieser Sehnsucht nicht daran, daß ein solches Beispielen ein sicherer Weg zum Ruin des Reiches wäre und daß wir auf ihm zweifellos zum Bürgerkriege kämen. Heute kann es sich kaum noch darum handeln, daß eine Diktatur des gestürzten Militarismus den errungenen Fortschritt gefährden kann.

Dafür sind wir heute in die unangenehme Lage versetzt worden, gegen Diktaturbestrebungen von links her Front zu machen. Seit einigen Tagen steht bei uns die Kaiserfrage im Vordergrunde einer jeden politischen Erörterung. Große Organisationen und einzelne Partei-Organe haben hierzu Stellung genommen und das Für und Wider einer Abdankung Kaiser Wilhelms erörtert. Die Erörterung ist auch durch die Bekanntgabe der kaiserlichen Kundgebung noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie bewegt sich im allgemeinen aber in ruhigen Bahnen. Das ist hoch erfreulich, weil es sich hierbei nicht nur um eine Personenfrage, sondern um viel mehr handelt. Die jetzt umstrittene Kaiserfrage ist von so großer Wichtigkeit für die fernere Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes, daß sie gar nicht ernst und vorsichtig genug behandelt werden kann. Auch wer für eine Abdankung des Kaisers eintritt, muß erkennen, daß mit plumpen Hinweisen der Sache nicht gedient ist. Wir wollen und müssen alles vermeiden, was die weitere Widerstandskraft des deutschen Volkes schmälern könnte. Es gibt weite Kreise nicht nur innerhalb der politischen Rechten, die der Meinung sind, daß durch eine jetzt erzwungene Abdankung des Kaisers das in Versailles mühsam errungene Reich erschüttert werden könnte. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Abdankung Wasser auf die Mühlen der Hyperradikalen wäre. Wir haben aber keine Ursache, den Bolschewismus in irgendeiner Weise, sei es direkt oder indirekt, zu unterstützen.

Wir müssen uns hier auf die Regierung, die eine Volksregierung ist, verlassen können! Es heißt, daß sie schon seit mehreren Tagen über die Kaiserfrage verhandelt hat. Kommt die Regierung zu dem Schlusse, daß eine gedeihliche fortschrittliche Entwickelung mit dem jetzigen Herrscher nicht möglich ist, dann gilt es in mannhafter Weise vor den Kaiser zu treten: Majestät, es geht nicht anders, die Interessen der Dynastie stehen hinter denen des Volkes. Und wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß der Kaiser aus solcher Erklärung ungesäumt die Konsequenzen ziehen würde. Zuletzt ist nun aber gemeldet worden, daß sich die Mehrheit des Kriegskabinetts angeblich dafür entschieden hat, daß ein Wechsel auf dem Throne nicht zweckmäßig sei, daß man vielmehr nach dem kaiserlichen Gelöbnis auch mit dem jetzigen Monarchen in demokratischer Weise regieren könne. Trifft diese Meldung, für die eine amtliche Auslassung noch fehlt, zu, dann sollte man meinen, daß die Frage für alle Parteien, die hinter der Volksregierung stehen, erledigt ist, erledigt sein muß. Man kann nicht demokratisch regieren wollen, wenn man die Prinzipien der Demokratie außer acht läßt. Demokrat sein heißt doch letzten Endes auch Disziplin zeigen! Das wird leider bei einem Teile der Mehrheits-Sozialdemokratie nicht beachtet, gleichsam als ob dieser Grundsatz nur für die anderen da ist. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist vielmehr im sozialdemokratischen „Vorwärts" zum Ausdruck gebracht worden, daß der Kaiser abdanken müsse, wenn anders die Sozialdemokratie nicht aus der Regierung ausscheiden solle. Ein solches Verfahren ist geeignet, den Gedanken der Demokratie aufs schwerste zu diskreditieren. In einer Regierung, die sich auf mehrere Parteien stützen muß, kann nicht ein Teil, wenn seine Ansicht nicht durchgedrungen ist, sagen: Ich spiel' nicht mehr mit! Das geht nicht, weil ein solches Verfahren auf die Errichtung einer Diktatur von links her hinauslaufen würde. Und das deutsche Volk will keine Diktatur. Es will sie nicht, wenn sie von rechts kommt, und es lehnt sie ab, wenn die Diktatur von links her angestrebt wird. In einer Regierung von mehreren Parteien kann nicht gleich die Kabinettsfrage aufgeworfen werden

Deutscher Abendbericht.

Neues gewaltiges Ringen.

WTB. Berlin, 4. November, abends. (Amtlich.) Gewaltiges Ringen zwischen Schelde und Oise. Der von den Engländern und Franzosen auf mehr als 60 Kilometer breiter Front erneut erstrebte Durchbruch wurde vereitelt. Zwischen Le Quesnoy und Landrecies fingen Reserven den Stoß des Feindes auf. Auf der übrigen Front brachten unsere vorderen Kampftruppen seinen Ansturm zum Stehen. Westlich der Maas haben sich im Walde von Dieulet Kämpfe entwickelt.

Die Kriegsanleihe steht an der Spitze aller mündelsicheren Papiere.

Denn für die Kriegsanleihe haftet das Reich mit allem, was es an Werten einschließt, haftet das deutsche Volk mit seinem ganzen Vermögen, seiner ganzen Arbeits- und Steuerkraft.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

Bolschewistischer Putsch in Kiel.

8 Tote, 29 Verwundete.

Kiel, 4. Nov. (Privattelegramm.) Wie die „Kieler Zeitung" meldet, ist es am gestrigen Sonntag zu Unruhen gekommen. Am Nachmittag fand auf dem großen Exerzierplatz eine Versammlung statt, an der sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten und in der ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus dem Vergnügungslokal Waldwiese herausholte, das Lokal erheblich zerstörte und sich verschiedener Waffen bemächtigte. Der Zug begab sich nun zum militärischen Arrestlokal, um die vom 3. Geschwader wegen schwerer Gehorsamsverweigerung dort untergebrachten Mannschaften zu befreien. An der Ecke der Karl- und Brunswickerstraße war die Straße durch Militär abgesperrt. Der befehlshabende Offizier forderte die Menge auf, auseinander zu gehen. Die Demonstranten drangen trotzdem vor. Darauf gab der Offizier Befehl zum Feuern. Es wurden 8 Personen getötet und 29 verwundet. Aus der Menge wurde ebenfalls geschossen und mit Steinen geworfen. Der Führer der Militärabteilung wurde durch einen Schuß am Kopfe schwer verwundet. Die Menge floh dann auseinander und vermochte sich nicht wieder zu sammeln. Weitere Unruhen fanden am Abend und im Laufe der Nacht statt.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105013/fragment/page=0001

Wohin sollte es führen, wenn die übrigen in der Sozialdemokratie vertretenen Parteien in ähnlicher Weise ihren gegenüber der Mehrheit unterlegenen Willen durchdrücken wollten? Das wäre der Bankerott einer jeden Regierung, nicht nur einer demokratischen. Das zu sagen ist erforderlich, abgesehen davon, wie die Kaiserfrage über kurz oder lang entschieden werden wird.

Weil wir keine Diktatur der Minderheit wollen, wehren wir uns auch mit aller Kraft gegen die bolschewistischen Putschversuche. Wir wollen die Regierung des Volkes. Das ist das Gegenteil bolschewistischer Bestrebungen, bei denen eine Minderheit die Mehrheit tyrannisiert. Wir haben genug an den Erfahrungen in Rußland, wo eine einzelne Klasse die Herrschaft übernommen hat und so seitdem das Blutvergießen zwischen den eigenen Volksgenossen an der Tagesordnung ist und geordnete Zustände auch heute nicht wieder ihre Einkehr gehalten haben. Das Bolschewistentum in Deutschland ist so bedeutungslos, daß es keine Gefahr bedeutet, wenn es nicht durch unbesonnene Mitläufer verstärkt wird. Vor unbesonnenen Streichen hat auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon gewarnt. Und wer an dem russischen Beispiele noch nicht genug hat, blicke nach Oesterreich-Ungarn, wo Land und Volk jetzt völlig unter der Fuchtel der Entente geraten sind und wo Not und Elend bald größer als je zuvor sein werden. Fürwahr, wir haben alle Ursache, uns einig und geschlossen hinter die Regierung zu stellen, die einen Frieden erreichen wird, sofern er nicht alle Lebensbedingungen des Reichs vernichtet. Soll Deutschland aufrecht und unzerbrochen in die neue Zeit hineinkommen, soll es die Kräfte behalten, um mit Frische an den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gehen zu können, dann ist es erforderlich, daß die Prinzipien der Demokratie von allen Seiten hoch gehalten werden und eine Diktatur von keiner Seite geduldet wird! C. H.

Bildung einer nationalen Regierung in Polen.

Warschau, 4. Nov. Von sämtlichen Ministern unterzeichnet, erscheint heute morgen als Maueranschlag und in Zeitungen ein Aufruf des polnischen Ministeriums. Der Aufruf wurde gestern nachmittag in Anwesenheit des Generalstabschefs Rozadowski beschlossen und der Regentschaftsrat abends davon als vollzogener Tatsache benachrichtigt. Angesichts der großen Aufgaben des Augenblicks, so heißt es etwa im Aufruf, begrüßt die gegenwärtige polnische Regierung, daß einzig eine gewaltige kollektive Kraftanstrengung des ganzen, vor allem des arbeitenden Volkes ihnen gerecht werden kann. Die Interessen der privilegierten Schichten müssen in dieser historischen Stunde dem Wohle des Vaterlandes Platz machen. Es soll deshalb unverzüglich eine nationale Regierung entstehen, welche in ihrer Mehrheit aus Vertretern des arbeitenden Volkes zusammengesetzt ist und bis zur Einberufung des gesetzgebenden Landtages die unbedingte Gewalt übernimmt. Der Regentschaftsrat wird, wie die Blätter vermuten, die Konsequenzen ziehen, das heißt sofort, spätestens aber nach Bildung der nationalen Regierung, zurücktreten. „Gazeta Poranna" zufolge präsentiert die Linke sechzehn Kandidaten in die neue Regierung, welche aus 30 Mitgliedern bestehen soll. Darunter befinden sich Sozialdemokraten, Volksparteiler und aus radikalen Kreisen der letzige Verkehrsminister und der bekannte polnische Schriftsteller Sieroszewski.

Oberst Sosnaß ist an die Spitze der Wehrmacht beim polnischen Generalstabschef Jadowski in Lublin gestellt worden, Dombrowa ist in polnischen Händen. Die Tschechen, welch' dort in Garnison standen, haben die Waffen niedergelegt und sind in besonderen Zügen in ihre Heimat zurückgekehrt.

Truppenvereidigung in Warschau.

WTB. Warschau, 3. Nov. Vom Verbande ehemaliger Offiziere des polnischen Korps im Osten wurde in einer außerordentlichen Tagung der Beschluß gefaßt, daß sich angesichts der von überall her dem Vaterlande drohenden Gefahr sämtliche Verbandsmitglieder unverzüglich zu den vaterländischen Fahnen zu melden hätten. So leisteten denn auch gestern etwa 400 Offiziere des ehemaligen Dowbor-Korps mit General Kocusski an der Spitze dem Regentschaftsrat den Eid. Mit klingendem Spiel zogen sie zu der feierlichen Handlung in die Legionskirche, geleitet von einer polnischen Infanteriekompagnie, um danach am Marschauer Königsschloß dem Regentschaftsrat ihre Huldigung darzubringen.

Die Friedensbedingungen Lord Northcliffes.

Die innere Umwandlung Deutschlands — Die elsaß-lothringische Frage — Der Kampf um Schleswig

Deutschland soll seine Kolonien nicht zurückerhalten.

London, 3. Nov. Die „Times" vom 4. November wird einen bemerkenswerten Artikel Lord Northcliffes, betitelt „Vom Krieg zum Frieden" bringen. Als Antwort auf die Frage, wie sollen wir vom Krieg zu Friedensbedingungen kommen, sagt Northcliffe, das könne nicht durch eine plötzliche dramatische Erklärung gleich derjenigen, die im August 1914 Frieden in Krieg verwandelte, geschehen. Ein langsamer mühevoller Prozeß mit mindestens drei verschiedenen aufeinander folgenden Stadien muß sich vollziehen. Es ist wichtig, daß wir uns diese drei Stadien in unserer Vorstellung klar auseinanderlegen.

Das erste Stadium ist die Einstellung der Feindseligkeiten. Ob sie aufhören auf Grund eines Waffenstillstandes oder auf Grund einer Uebergabe, es kann keine Rede von der „Ehre" des deutschen Volkes oder von irgendeiner Anpassung der Bedingungen an irgendeine eingebildete (supposed) strategische oder tatsächliche Stärke der Mittelmächte sein.

Wenn sie sich erniedrigt fühlen,

müssen sie diejenigen tadeln die Erniedrigung über sie brachten, und was die militärische Stärke angeht, so hat das halbamtliche Organ der deutschen Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", zugegeben, daß unsere Reserven derart sind, daß Deutschland nicht mit ihnen in Wettbewerb treten kann. So ist es klar, daß Deutschland, jetzt der Hilfe seiner Verbündeten beraubt, seine hoffnungslose Lage anerkennt.

1. Die

Bedingungen,

unter denen der Krieg aufhören kann, müssen durch die militärischen Führer der verbundenen Mächte niedergelegt und von den Zentralmächten in solcher Form angenommen werden, daß keine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten möglich ist. Der Geist, in dem Deutschland diese strengen, notwendigen Bedingungen annimmt, wird viel dazu beitragen, den zukünftigen Verlauf der Ereignisse zu bestimmen. Wenn es um die Bedingungen selbst oder tückisch und hinderlich in deren Ausführung ist, wird unser tiefes Mißtrauen in seinen Geist und seine Beweggründe bestehen bleiben. Wenn aber Deutschland in Wort und Tat seine Anwendung von jenen Anschauungen vollzieht, die seine Herrscher bis vor kurzem durch die Mehrheit ihres Volkes unterstützt, als eine

Drohung gegen die Macht des Rechtes

gebraucht haben, wird das größte Hindernis auf dem Pfade gleichmäßiger Gerechtigkeit beseitigt sein. Nachdem er die Notwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen Friedens sowie des bürgerlichen Lebens und Eigentums während der Räumungs- und Wiederbesetzungszeit dargetan hat, geht Northcliffe auf das zweite Stadium des Uebergangs vom Krieg zu Friedensbedingungen über. Es wird beginnen, sobald es gewiß ist, daß Sicherheit für eine Dauer des ersten Stadiums erlangt werden kann. Es wird in der Annahme gewisser Grundsätze als unbestreitbar von seiten Deutschlands bestehen. Diese sind in verschiedenen Formen und zu verschiedenen Zeiten aufgestellt worden, aber die Uebereinstimmung zwischen allen Klassen der verbundenen Mächte scheint mir so klar, daß es nicht schwer sein wird, sie objektiv in die genaue Fassung zu bringen, in der sie wahrscheinlich schließlich verkündet werden. Der erste Grundsatz ist die völlige territoriale, wirtschaftliche und politische Wiederherstellung Belgiens. Da kann es keinen Vorbehalt, kein Feilschen und keine Gegenansprüche irgendwelcher Art geben.

2. Besserung des französischen Gebietes, Wiederaufbau der besetzten Provinzen, Entschädigung für alle Verluste und Schädigung von Zivilpersonen.

3. Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich nicht als Gebietserwerbung oder Teil einer Kriegsentschädigung,

sondern als Gutmachung

des im Jahre 1871 (in unserem englischen Text steht seltsamerweise 1861) begangenen Unrechtes, sofern damals die Bewohner der zwei Provinzen, die sich seinerzeit freiwillig für die Zugehörigkeit zu Frankreich entschieden hatten, gegen ihren Willen in Deutschland einverleibt wurden.

4. Regelung der Nordgrenzen Italiens in möglichster Uebereinstimmung mit den Nationalitätsgrenzen; die östliche und adriatische Grenze soll in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, die in dem italienisch-jugoslawischen Abkommen verkörpert und von dem Kongreß in Rom im April 1918 berichtigt sind, festgelegt werden.

5. Allen Völkern Oesterreich-Ungarns muß ihr Platz unter den freien Nationen der Welt und ihr Recht zum Eintritt in eine Verbindung mit ihren Stammverwandten jenseits der bisherigen Grenzen Oesterreich-Ungarns gesichert werden.

6. Räumung aller früher zum russischen Reich gehörigen Länder, Ausschaltung aller seit der Revolution mit Untertanen, Agenten und Vertretern der feindlichen Mächte abgeschlossenen russischen Verträge und Vereinbarungen, welche früher russisches Gebiet berühren, und ungehinderte Mitwirkung der verbundenen Mächte bei der Sicherung der Bedingungen, unter welchen die verschiedenen Nationalitäten des früheren russischen Reiches ihre eigenen Regierungsformen bestimmen sollen.

7. Ein unanfechtbarer Grundsatz betrifft erstens die Bildung eines

unabhängigen polnischen Staates

mit Zugang zur See, der die Gebiete umschließen soll (hier folgt eine verstümmelte Stelle.)

8. Aufhebung des Vertrages von Bukarest, Räumung und Wiederherstellung von Rumänien, Serbien und Montenegro; Unterstützung der Balkanstaaten bei der endgültigen Regelung der Balkanfrage auf gerechter Grundlage durch die verbundenen Mächte.

9. Soweit als möglich Beseitigung der türkischen Herrschaft über alle nichttürkischen Völker.

10. Das

Volk von Schleswig soll frei

sein, seine Zugehörigkeit zu bestimmen.

11. Als Entschädigung für den unrechtmäßigen Unterseekrieg sollen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verpflichtet sein, den verbundenen und den neutralen Staaten den unrechtmäßig beschädigten oder zerstörten Handelsschiffraum zu ersetzen.

12. Einsetzung von Gerichtshöfen, vor welche im Sinne unparteiischer Gerechtigkeit sobald wie möglich

Persönlichkeiten aller kriegführenden gestellt

werden sollen, die beschuldigt sind, das Völkerrecht oder die Menschlichkeit verletzt zu haben.

13. Der frühere Kolonialbesitz Deutschlands, den dieses infolge seines unrechtmäßigen Angriffes auf Belgien verloren hat, soll auf

keinen Fall an Deutschland zurückkommen.

Deutschlands Kolonialbesitz wäre unangetastet geblieben, aber wegen seines unrechtmäßigen Angriffes auf Belgien, der England in den Krieg gebracht hat ... (Hier ist eine Lücke im Text). Deutschland hat erklärt, das Schicksal seiner Kolonien werde an der Wetztisch entschieden werden. So ist es geschehen. Es hat erklärt, welchen Gebrauch es im Falle des Sieges von seinen Kolonien machen würde. Ein solcher Gebrauch muß im Interesse der Weltsicherheit für immer verhindert werden. Die Kolonien können deshalb nicht an Deutschland zurückfallen. Aber ihre Uebertragung als Besitztum oder zur Verwaltung mit der Art, in der sie im Interesse ihrer Bewohner und der Welt im allgemeinen verwaltet werden sollen, sind Sache künftiger Entscheidung. Das sind die unerläßlichen Friedensbedingungen, die im zweiten Stadium der Verhandlungen angenommen werden müssen.

Das dritte Stadium würde in der Einsetzung einer großen Anzahl von Kommissionen zum Studium der Ausführung und der Einzelheiten der genannten Grundsätze bestehen. Die Grundsätze, nach denen sie handeln sollen, werden zuvor festgesetzt. Ich sehe keinen Grund, warum die Kommissionen nicht hauptsächlich aus denen gewählt werden sollen, die das meiste Interesse an der betreffenden Angelegenheit haben, warum z. B. eine Kommission, die in der Hauptsache aus Polen und Preußen (?) besteht, nicht ersucht werden sollte, die künftige

Kampf und Frieden.

Von Hans Seefeld.

(3. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

So einigten die drei sich am anderen Morgen in aller Hütte. Wilhelmine räumte ihre Möbel in die Giebelstube und machte Platz für die neuen Mieter. Sie tat den beiden Alten zuliebe, was sie konnte, und versicherte, sie würde sehr oft auf Besuch kommen. Nur am Abende, als sie ihr kleines Mädchen zu Bett brachte, fiel es ihr schwer aufs Herz, von dem Kinde zu gehen, wenn auch nur auf kürzere Zeit, und sie herzte es inniger, wie sonst. Dorchen tröstete sie in aller kindlichen Rücksichtslosigkeit: „Geh' nur ruhig, Mutti, und lern' was und verdien' viel Geld! Ich hab' ja Großvater und Großmutter. Und ich besuch' dich auch mal!"

Wilhelmine preßte den Mund zusammen. „Ich hab' ja die Großeltern", das war immer so. Sie freute sich auf die Zeit, wo sie ihr Kind holen und endlich einmal das Leine Herz für sich allein haben würde. Das einzige, was sie noch besaß, wollte sie wenigstens nicht teilen müssen. Ihren Karl hatte sie ja auch nie allein für sich gehabt. Mutter Anna beanspruchte stets ein gutes Teil seines Lebens für sich, wie jetzt von dem Kinde. Es war ihr vor der Hochzeit schon so oft gesagt worden, daß es nicht gut sei, mit den Schwiegereltern in einem Hause zu sein. Es war ganz gut gegangen, weil sie verzichten konnte. Aber jetzt sah sie ein, daß es schöner sei, wenn man nicht immer Rücksicht nehmen brauchte, wenn man seine Liebsten und sein Leben für sich allein hatte, und trotz aller Weltfremdheit sah sie voll Hoffnung und Erwartung in die kommende Zeit. —

Margarete hatte die Filiale einer großen Schokoladen- und Konfektfabrik in der Hafenstadt. Sie verstand schon, alles recht nett und appetitlich in dem großen Schaufenster zu arrangieren. Blütenweiß und blitzblank waren die zierlichen Porzellan- und Kristallschalen, auf denen sie ihre leckeren Waren zur Schau stellte, und ein ihr befreundeter Künstler brachte sie immer auf neue Ideen, die Augen der Vorübergehenden auf ihre schöngeformten und delikaten Sachen aufmerksam zu machen. Die hübschen Verkäuferinnen in den reizenden Heidelberger Kätchischürzchen mit tadellos frisierten Köpfchen, immer gleich gekleidet in den rosagedämmten Waschkleidern machten eben solchen guten Eindruck wie die Geschäftsinhaberin, die in einem vornehmen dunklen Tuchkleide an der Kasse saß.

Sie wußte schon, was sie tat, die kluge Schmiedstochter aus Norderstadt, als sie sich die Schulfreundin, die rothlonde Wilhelmine aus ihrer Heimatstadt, holte. Sie hatte einigemal Unglück gehabt mit den hübschen Verkäuferinnen; mehrmals hintereinander hatte sie kleine Veruntreuungen bemerkt. Von Wilhelmine wußte sie, daß ihr so etwas nicht passieren konnte, und wenn sie erst gelernt hatte, ihre Hände sich sicher wieder ein „Zugstück", das dem Geschäfte etwas einbrachte, wie die schwarze Liesel damals mit ihren Sammaugen allen Primanern, Studenten und jungen Fähnrichs das Pralinés-Essen beibrachte. —

Und Wilhelmine Just war nicht ungelehrig. Ihre Hände, die daheim manche große Arbeit verrichtet hatten, waren bald fein und gepflegt, ihr reiches rotblondes Haar lag in schön ondulierten Wellen und losen Flechten um den Kopf, der einen feinen fraulichen Reiz hatte, und da zu ihrer Haarfarbe das rosagetönte nicht stand, trug sie einfache weiße Stickereiblusen. Still und eifrig tat Wilhelmine ihre Pflicht; sie beobachtete all das Neue um sie her und war interessiert und erfreut von allem.

Sie hätte sich auch wohl hier gefühlt, wenn nicht die Sehnsucht nach Klein-Dorchen oft so mächtig gewesen wäre. Und wenn die Sonntage nicht wären! — Margarete nahm sie erst mit auf Ausflüge, die sie mit Freunden und Freundinnen unternahm. Aber die Menschen waren Wilhelmine fremd, und der Ton, in dem sie miteinander verkehrten, gefiel ihr nicht. Sie konnte den leichtfertigen Scherzen, dem lauten Lachen keinen Geschmack abgewinnen. Noch weniger aber dem Aufenthalte in den menschengefüllten Lokalen, wo so viel getrunken, geärmt und getuntzen wurde, daß sie gar nicht begriff, was für eine Erholung oder Freude Margarete mit ihren Bekannten dort fand. Dazu kam eine Reihe düsterer, regenschwerer Tage. Die kleine Frau Just fühlte sich bald noch viel einsamer als daheim. Woher sollte hier wohl das große Glück, das Erleben kommen, das sie erhofft hatte? —

Margarete Schulz war im Grunde ganz froh, daß Wilhelmine sich etwas zurückzog. Ihre lichte Schönheit, ihr feines ruhiges Wesen so vorteilhaft auf gegen die ausgelassene Art der lebhaften Margarete, daß diese fühlte, sie wurde in den Schatten gestellt. Darum riet sie Wilhelmine ganz freundschaftlich, doch ihre eigenen Wege zu gehen. Vielleicht mache ihr das Museum Spaß. Oder sie solle in der Leihbibliothek abonnieren.

Wilhelmine fiel ihr um den Hals. Sie sei ihr doch nicht böse, daß sie so ungern mitkomme?

Aber Margarete lachte nur. „Sei doch kein Tor, Minchen! Wir sind doch beide keine Mickelkinder mehr! Jeder sucht sich seine Freude auf seine Art! Geh nur getrost und ich wünsche dir bald einen netten Kavalier, der dir das Leben amüsant macht!" —

Sie beschrieb ihr noch den Weg ins Museum, schenkte ihr einen Stadtplan und war froh; denn der reiche Hotelbesitzer, der das geheimnisvolle große Glück Margaretens bedeutete, hatte ihr schon zu oft nach Wilhelmine geschaut und nach ihr gefragt. Nun hatte sie ihn wieder für sich allein; da war das Siegen leichter. —

Die junge Witwe war nun wieder auf sich selbst gestellt. Sie fing an zu lesen und einsame Spaziergänge zu machen. Als der Sonntag wieder vor ihr lag, lang und freudenleer, machte sie sich auf, allein auszugehen. Sie hatte sich hübsch angezogen. Daß sie das gelernt hatte, machte ihr wirklich Freude. Mit sicherem Takte wählte sie das Schlichte, Unauffällige und brachte damit unbewußt die schönen Formen ihrer gutgewachsenen Gestalt und den Goldglanz ihres rotblonden Haares zur Geltung. So wanderte sie, den Stadtplan in der Hand, durch die Straßen, orientierte sich über die großen Gebäude und ging schließlich dem Museum zu. Sie fand die schön gepflegten Anlagen, den kleinen See, die Alleen so wunderschön und war nur wieder traurig darüber, daß sie keinen Menschen hatte, mit dem sie gehen und mit dem sie davon sprechen konnte. Sie sehnte sich sogar manchmal nach dem verständigen alten Schwiegervater daheim, der doch so manches gute Wort sagen konnte. Wie weit Margarete innerlich von ihr entfernt war, das hatten Wilhelmine die letzten Wochen gelehrt. Als sie in die großen kühlen Räume des Museums eintrat, stand sie zunächst ratlos vor den uralten Schnitzereien und Skulpturen und wußte nichts damit anzufangen. Sie wollte den Museumsdiener fragen, ob es nicht ein Buch gäbe, das über all die seltsamen Dinge etwas sagen könnte, und suchte nach ihm. Da stand plötzlich ein vornehmer Herr vor ihr, zog den Hut tief und fragte höflich, ob er eine Auskunft geben könne. Wilhelmine wurde rot und verwirrt; es fiel ihr ein, daß sie dies markante Männergesicht heute schon zweimal gesehen hatte und daß der Herr ihr wohl gefolgt sei.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105013/fragment/page=0002

Grenze von Rußland und Polen auszuarbeiten. (In unserem englischen Text steht einerseits „Prussians" andererseits „Russia".).

Ich habe bisher nichts über

die künftige Regierung Deutschlands

gesagt. Die Deutschen versichern uns, daß die Umwandlung der selbstherrlichen in eine verantwortliche Regierung Platz greift. Ich möchte ihnen glauben und bin gewiß, daß die Vollendung dieser Umwandlung für Deutschland selbst und für die endgültige Erlangung eines gerechten dauernden Friedens notwendig ist. Denn das letzte Stadium soll nichts Geringeres bedeuten, als den Wiederaufbau der Weltorganisation und die Herstellung einer neuen Politik, in der ein Bund freier Nationen das alte System des Gleichgewichts rivalisierender Mächte ersetzen soll. Die Durchführung einer so riesenhaften Veränderung, wie die Einfügung der nationalen Organisationen in einen übernationalen Mechanismus muß schwierig und langwierig sein. Glücklicherweise sind die Schritte, die getan werden müssen, wenn es möglich ist, der Art, daß sie nur langsam verwirklicht werden kann. Im aufrichtigen Suchen nach der Grundlage für den Bund der freien Nationen und in dem langsamen Aufrichten dieses Baues müssen wir frei sein von Leidenschaften und Kriegsbefürchtungen. Schon bedeutet, daß wir uns bemühen, den Weg zu einem besseren Zustand der Welt zu finden, werden wir einen besseren Zustand herbeiführen.

Erklärung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Von gewisser Seite wurde die Behauptung verbreitet: 1. Hindenburg habe im Kronrat gesagt, in einem einzigen Monat seien 250 000 Mann zum Feinde übergelaufen, unter solchen Umständen müsse man Frieden schließen. 2. Ludendorff sei seelisch ganz gebrochen.

Von diesem Gerücht wurde dem Generalfeldmarschall Kenntnis gegeben, worauf er sich zu folgendem Schreiben veranlaßt sah:

Großes Hauptquartier, den 17. Oktober 1918.

Chef des Generalstabs
des Feldheeres.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich für Ihr Schreiben vom 10. 10. 18. Die Ihnen zugegangenen Mitteilungen beruhen auf freier Erfindung, sowohl die Ausführungen, die ich über deutsche Ueberläufer in einem Kronrat gemacht haben soll, als auch die Behauptung über ungünstigen Gesundheitszustand des Generals Ludendorff.

Ew. Hochwohlgeboren ermächtige ich, von Vorstehendem Gebrauch zu machen. von Hindenburg.

Graf Schwerin-Löwitz †

Berlin, 4. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Graf von Schwerin-Löwitz ist heute nachmittag seinem Leiden erlegen.

Hans Axel Tammo Graf von Schwerin-Löwitz bietet in seiner politischen Laufbahn ein typisches Bild für den Werdegang eines konservativen Politikers, der sich von den engen Fesseln junkerlicher Anschauungen freizumachen wußte. Das freilich gewöhnliche Draufgängertum, wie es die meisten seiner Standesgenossen lieben, war nie die Sache des pommerschen Grafen, der in seinem Aeußern wie in seiner kühl-vornehmen Haltung überhaupt mehr an den alten Adel im „Reiche" erinnert als an die ostelbischen Junker, die immer noch in ihrem derben Zugreifen die Eroberungsmanieren der Kolonisten von ehedem an sich tragen. In dem äußeren Lebensgange des Grafen bis zu seinem Eintritte in die Volksvertretung prägt sich das freilich nicht aus. Er besuchte das Französische Gymnasium in Berlin und trat 1865 in die Armee ein. Die Feldzüge von 1866 und 1870/71 machte er in Ehren mit: 1881 schied er als Rittmeister aus, um wie so viele seiner Standesgenossen die Bewirtschaftung seiner Güter zu übernehmen. Er wurde Vorsitzender der Landwirtschaftskammer und 1893 wählte ihn der erste Stettiner Wahlkreis Anklam-Demmin in den Reichstag. 1897 wählte ihn Anklam-Demmin-Ueckermünde-Usedom in das preußische Abgeordnetenhaus, 1900 wurde er an die Spitze des preußischen Landesökonomiekollegiums berufen. In dieser Stellung und als Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats hat sich der Graf ein Ansehen errungen, wie wenige seiner Berufsgenossen. Dieses Ansehen überdauerte auch die Kämpfe um den Zolltarif, in denen Graf von Schwerin-Löwitz im Vordertreffen der agrarischen Truppen stand. Er war dazu ausersehen, am 2. Dezember 1901 die Stellung seiner Fraktion zum Zolltarif zu begründen. Wenn schließlich die Konservativen bis auf einige ganz besonders eifrige Landbündler dem Zolltarif zustimmten, so hat des Grafen ausgleichende Tätigkeit wesentlich zu diesem Ergebnisse beigetragen.

Bei der Stellung, die der Graf zu den Parteien und unter den Parteien einnahm, kann es daher nicht überraschen, daß er nach dem Tode des Grafen Stolberg-Wernigerode als Vertrauensmann des gesamten Hauses, nicht allein der konservativ-klerikalen Mehrheit, am 1. März 1910 den Präsidentenstuhl am Königsplatze bestieg. Er hat das erfüllt, was man von ihm erhoffte, die Verhandlungen mit Sachlichkeit und Vornehmheit geleitet, und wenn er auch nach den parlamentarischen Gepflogenheiten infolge des Wahlsieges der Linken im Januar 1912 im neuen Hause nicht länger mehr die höchste Würde, die das Parlament zu vergeben hatte, bekleiden konnte, so sahen ihn doch auch die politischen Gegner mit Bedauern scheiden. Als daher nach des Freiherrn von Erffa Tode der Präsidentenstuhl an Prinz Albrechtstraße verwaist war, schien der pommersche Graf der gegebene Mann, um dem Preußenparlamente die Ruhe wiederzugeben, die durch die Radauszenen, die sich an die Namen Borchardt, Leinert und Hoffmann anknüpften, bedenklich gestört war. Der neue Präsident — seit 1911 Wirklicher Geheimer Rat und Exzellenz — hat es durch ruhigen Zuspruch verstanden, den Kampfesmut der „Genossen" in die durch die parlamentarischen Sitten gebotenen Schranken zurückzudämmen. In letzter Zeit trat er immer weniger hervor.

Kaiser Karl legt das Oberkommando nieder.

WTB. Wien, 4. Nov. Wiener Tel.-Korr.-Bureau. Kaiser Karl übergab am 2. November das Armee-Oberkommando an Feldmarschall Freiherr von Köveß.

Die Ruhe in Prag.

Abtransport von russischen Gefangenen.

WTB. Wien, 4. Nov. Die „Sonn- und Montagszeitung" meldet aus Prag: Prag bietet ein Bild der Ruhe und Ordnung wie im tiefsten Frieden. Dem tschecho-slowakischen Nationalrat ist es gelungen, jeden Versuch, nach bolschewistischer Art Unruhen zu stiften, bereits im Keime zu ersticken. Auch die deutschen Bürger der Stadt haben heute bereits, was offen anerkannt werden muß, das Gefühl absoluter Sicherheit des Lebens und Eigentums. Die Ernährung in der böhmischen Hauptstadt ist in geordnete Bahnen gelenkt. Post, Telegraph und Eisenbahnwesen funktionieren über Erwarten gut. Auch der Abtransport der Gefangenen geht verhältnismäßig ruhig vonstatten. Heute sind hier aus Brüx 6000 russische Gefangene eingetroffen, die sofort nach der Ukraine weiterbefördert wurden. Eine große politische Demonstration auf dem Weißen Berge ging ohne Zwischenfall vor sich. Nur auf dem Rückwege wurde die auf dem Ringplatz befindliche Mariensäule, die als Symbol der Unterwerfung der Hussiten den Pragern stets ein Dorn im Auge war, von der Volksmenge umgeworfen.

Ungarn als neutraler Staat.

WTB. Budapest, 3. Nov. Ministerpräsident Karolyi empfing die Redakteure der Budapester Tagesblätter, denen er mitteilte, daß die ungarische Regierung entschlossen habe, wobei die Regierung in Rücksicht ging, daß die von der Entente geforderten Bedingungen sich von der Waffenstreckung nur formell unterscheiden. Vom 1. 11. ist Ungarn neutraler Staat. Gestern konstituierte sich im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses der Soldatenrat auf der Grundlage demokratischer Organisation.

Ungarische Reformvorlagen.

WTB. Budapest, 4. Nov. Ministerpräsident Graf Michael Karolyi wird im Abgeordnetenhause folgende Gesetzesvorschläge einbringen: 1. ein die vollständige Unabhängigkeit Ungarns aussprechendes Grundgesetz; 2. ein Entwurf eines allgemeinen, gleichen, geheimen, auch auf das weibliche Geschlecht ausgedehntes Wahlrecht; 3. einen Entwurf betreffend Preßfreiheit; 4. einen Entwurf betreffend Vereins- und Versammlungsfreiheit, und 5. einen Entwurf betreffend die Errichtung einer Nationalwache.

Der neue Justizminister der ungarischen Volksregierung Barnabas Buza hat die Pressesenfur abgeschafft und in sämtlichen politischen Strafprozessen die Einstellung des Verfahrens und Freilassung der politischen Häftlinge angeordnet. Als Ackerbauminister hat Barnabas Buza alle Verfahren wegen Wald- und Jagdübertretungen einstellen lassen und die Beamten und das Forstpersonal der staatlichen Waldungen streng angewiesen, mit dem Volke freundlich umzugehen.

Ministerpräsident Graf Michael Karolyi teilte heute Journalisten mit, er werde demnächst dem Reichstage eine Vorlage über eine Revision des Preßgesetzes unterbreiten, und erluchte die Pressevertreter, ihre Wünsche in einer Denkschrift vorzulegen.

Die Soldatenratswahlen in Wien.

WTB. Wien, 3. Nov. Heute fanden in allen militärischen Abkommandierungen Wahlen für den Soldatenrat statt. Jede Unterabteilung wählte zwei Soldatenräte, welche die Beschwerden der Soldaten an den Staatssekretär für das Heerwesen weiterleiten werden. Die Wahlen, denen Ansprachen vorausgingen, vollzogen sich in aller Ruhe.

Studentischer Ordnungsdienst in Wien.

WTB. Wien, 4. Nov. (Korr.-Bureau.) Gestern vormittag versammelten sich etwa 500 Studenten in der Aula der Wiener Universität, um Mitteilungen des Staatsrats wegen Bildung eines studentischen freiwilligen Ordnungsdienstes in den Wiener Bahnhöfen entgegenzunehmen.

Oesterreich kennt die Waffenstillstandsbedingungen noch nicht.

Aeußerungen der Wiener Presse.

WTB. Wien, 4. Nov. Die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich sind bisher nicht verlautbart. Nur wenige Blätter beschäftigen sich mit Gerüchten, wonach diese Bedingungen unter allen Umständen die Besetzung Tirols bis zum Brenner, der südlichen Provinzen sowie der strategischen Eisenbahnen enthalten sollen. Diese Blätter betonen, daß wohl kein anderer Ausweg übrig bleiben werde, als die Waffenstillstandsbedingungen, mögen sie auch noch so hart und schmerzlich sein, zu erfüllen.

Das „Fremdenblatt" sagt: Alles, was jetzt geschieht, ist nur zu erklären

aus dem Zwange der äußersten Not.

Viele Jahre hindurch standen wir gegen eine furchtbare Uebermacht heldenmütig. Wenn wir jetzt unterlegen sind, liegt die Schuld daran nicht an den unvergleichlich tapferen Kämpfern an der Front. Wir sind besiegt, aber unsere Waffen sind ruhmreich gebrochen.

Die „Reichspost" sagt: Die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen sollen Oesterreich

für den Friedensschluß knebeln.

Sie gehen zugleich an die Ehre. Wenn Wilson ein gerechter Hüter des Menschenrechts und des Völkerbundes ist, muß er die Erniedrigung Deutsch-Oesterreichs verurteilen und verhindern. Bestimmungen, wie sie aus die Feinde auferlegen, werden angenommen, wenn ein bedrängtes Volk keinen anderen Ausweg hat, aber kennen unauslöschlich. Was die Gegner, die die billigen Früchte unserer Mitrisse ernten, uns auferlegen wollen, weil sie uns durch Verrat wehrlos sahen, ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Das „Neue Wiener Tagblatt" sagt: Wenn auch die italienische Forderung für den Waffenstillstand, einen großen Teil Deutsch-Tirols zu besetzen,

noch nicht die Abtretung dieses deutschen Landes bedeuten

kann und darf, ist doch schon der Gedanke unerträglich, ein so teures Pfand in die Hände eines treulosen Gegners zu geben. Sobald man Oesterreich Gelegenheit gibt, zu demobilisieren, braucht man wahrhaftig keine Bürgschaft mehr, um gewiß zu sein, daß die einzigen Waffen, die wir noch anwenden können, die unseres Rechts sind, eines Rechts, auf das sich jedenfalls Deutsch-Oesterreich nicht vergebens auf einer Konferenz berufen würde, die entschlossen wäre, den Frieden wirklich nach Wilsons Grundsätzen herbeizuführen. Vor eine solche Konferenz würde man jedoch auch Deutschland nicht gefesselt und geknebelt schleppen müssen. Wir wissen nicht, sagt das Blatt, welchem Schicksale wir

auf der Friedenskonferenz

entgegengehen. Heute liegen uns die Bedingungen der Kapitulation vor, die unsere Wehrlosigkeit ausnützen, um Deutschland wehrlos zu machen.

Das „Deutsche Volksblatt" sagt: Wenn etwas imstande ist, uns in diesen Stunden der Bitterkeit zu trösten, so ist es der Gedanke, daß unsere Armee bis zum letzten Augenblick ihre Ehre gewahrt hat.

Ein deutsch-österreichisches Volksheer.

WTB. Wien, 4. Nov. Gestern vormittag fand eine vom Ausschusse unter Führung des Majors Kolbe einberufene Versammlung von Offizieren und Mannschaften statt, die der Bildung eines deutsch-österreichischen Volksheeres galt. Die Versammlung war von etwa 5000 Personen besucht. Die in der Versammlung auftretenden Redner forderten zum Beitritt in die Sicherheitswache auf und traten für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein. Auf dem Versammlungsplatze wurden Zettel revolutionären Inhalts verteilt. Am Nachmittage fand bei dem Soldatenrate im Arsenale eine weitere Besprechung statt.

Ein selbständiges Herzogtum Teschen.

WTB. Warschau, 3. Nov. Nach der „Gazeta Poranna" wird durch eine Proklamation des polnischen Nationalrats das Herzogtum Teschen den freien unabhängigen polnischen Staate angegliedert. Es untersteht vorläufig dem Nationalrate als oberster Staatsbehörde. Die Grenze zwischen Polen und Böhmen soll von beiden Regierungen gemeinsam geregelt werden.

„Kurjer Warszawski" schreibt, die polnische Bevölkerung des Herzogtums Teschen sei empört über die herausfordernde Haltung der Tschechen und bereit, ihre Rechte bis aufs Blut zu verteidigen. Alle maßgebenden Faktoren in der Politik sollten auf die tschechischen Nationalisten beruhigend einwirken, um die Spaltung zwischen den beiden Bruervölkern aufzuhalten.

Lebensmittel für Wien.

WTB. Wien, 3. Nov. Wie die „Nations-Korrespondenz" meldet, statteten die hier akkreditierten Gesandten der neutralen Staaten dem Bürgermeister einen Besuch ab und boten ihm die unentbehrlichen Lebensmittel an. Der Bürgermeister nahm das Anerbieten mit Dank an.

Die Lage in Elsaß-Lothringen.

WTB. Straßburg, 4. E., 4. Nov. Amtlich. Der Statthalter und der Staatssekretär sind gestern nach Tägigem Aufenthalt in Berlin wieder in Straßburg eingetroffen. In der Besprechung mit dem Reichskanzler und sämtlichen Staatssekretären des Reiches haben sie über die derzeitige Lage eingehend berichtet und dabei betont, daß ihre Personen der Neuordnung der Dinge nicht hindernd im Wege stehen werden. Die Reichsleitung versicherte dem Statthalter und dem Staatssekretär ihres vollen Vertrauens und bat sie, im Amte zu bleiben. Die Ernennung der Unterstaatssekretäre wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Stimmung bei den Ententemächten.

WTB. Haag, 4. Nov. „Algemeen Handelsblad" schreibt in seiner politischen Wochenschau unter anderm: Von dem in Deutschland zur Wirklichkeit gewordenen neuen Geist ist in den alliierten Ländern nur wenig zu spüren. Im Gegenteil, die Stimme der Mäßigung und des gesunden Menschenverstandes wird durch das Geschrei der Reaktionäre und Chauvinisten erstickt. Vom Kriege erwarten diese Leute selbst die Verwirklichung ihrer eigenen imperialistischen Vorteile. Es geht mit ihnen, wie früher mit den Alldeutschen. Das beweisen uns die Berichte aus England, wo die Zinne-Presse mit den Millionen einzelner Zeitungskönige durch den Ankauf immer weiterer Blätter die öffentliche Meinung ganz in ihre Hand zu bekommen sucht. Wir hoffen, daß Besonnenheit und Weisheit zum Schluß im Verwirrungsgeiste der Alliierten die Oberhand behalten. Krankheit und Hungersnot entwälzen den Osten Europas. Verzweifelte Völker gehen in Bolschewismus und Anarchie unter. Soll den Westen ein gleicher Zusammenbruch erspart bleiben, dann muß schleunigst der Friede kommen, der Gelegenheit gibt zur Wiederherstellung geschlagener Wunden, zur Rückkehr von Ruhe und Ordnung und zur Wiederaufnahme friedlicher Tätigkeit. Aber es muß ein Friede des Rechts und der Versöhnung sein.

Tagung des livländischen Landesrates.

Riga, 2. Nov. Am 5. Nov. wird im hiesigen Schlosse eine Sitzung des Vereinigten Landesrats von Livland, Estland, Riga und Oesel stattfinden, der von Ausschüssen des Landesrats folgende Fragen zur Beschlußfassung vorgelegt werden:

1. Die an das Deutsche Reich zu richtende Bitte um ferneren Schutz der baltischen Lande gegen Anarchie und Verwüstung.
2. Die Bildung eines aus Vertretern aller Bevölkerungskreise und Nationalitäten zusammengesetzten Landesausschusses, der die Verfassung der baltischen Lande auszuarbeiten hat.
3. Die Bildung einer provisorischen Landesregierung.

Dem Oberbefehlshaber der in Kurland liegenden achten Armee ist vom Vereinigten Landesrate von Livland, Estland, Oesel und Riga ein Schreiben zugegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen Greueltaten der Bolschewisten in den von den deutschen Truppen entsäuberten Gebieten um Schutz und um Ausschub des Truppenabmarsches gebeten wird. Hunderttausende, so heißt es in dem Schreiben, sind bereits auf der Flucht nach Livland, weil in all den Nachbargebieten die Bewohner ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Wenn die deutsche Regierung den erbetenen Schutz nicht gewähren könne, müsse man sich nötigenfalls an andere Mächte um Schutz und Hilfe wenden. Das Schreiben, unterzeichnet vom Baron Pilar und von dem geschäftsführenden Präsidiumsmitgliede von Samson, bittet ferner, mit dem Abmarsche der Truppen zu warten, bis geordnete Verhältnisse geschaffen und Maßnahmen zum Schutze der Bewohner getroffen seien. Das Armee-Oberkommando wird gebeten, dieses Gesuch bei der Regierung in Berlin zu befürworten.

Sturz der spanischen Regierung.

WTB. Bern, 3. Nov. Zur parlamentarischen Lage in Spanien meldet der „Times"-Dienst des „Corriere della Sera": Spanien stehe vor einer tiefumwälzenden politischen Krise. Der Sturz der Regierung sei eine Frage von Tagen. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheine die Bildung eines ultademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich unter Romanones, das gleich bei Regierungsantritt wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105013/fragment/page=0003

Deutsches Reich.

Helfferich über die 9. Kriegsanleihe.

Neustadt a. d. Hardt, 3. Nov. Staatsminister Dr. Helfferich sprach heute in einer stark besuchten Versammlung über Krieg, Frieden und Kriegsanleihe. Er gab in großen Zügen eine Darstellung der Ursachen und Beweggründe, die zu dem Ersuchen um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen geführt haben. Solange ein für unsere Ehre und unser Dasein annehmbarer Frieden nicht gesichert sei, dürften wir uns nicht wehrlos machen lassen. Verzagtheit und Kopflosigkeit würden gerade das herbeiführen, was dem deutschen Volke und der bluteuden Welt erspart werden soll, den letzten Verzweiflungskampf. Unsere Gegner haben bisher in den Erfolgen der Kriegsanleihe ein Zeichen unserer ungebrochenen Kraft und unseres nationalen Lebenswillens erblickt. Ein schlechter Ausfall werde unsere Feinde ermutigen, uns unannehmbare Bedingungen zu stellen, die eine Fortsetzung des Krieges bedeuteten.

Ausland.

Lord Cecil über Finnland.

Helsingfors, 3. Nov. In einem Interview mit einem Mitarbeiter der „Hufsingin Sanomat" erklärte Lord Cecil, es sei kein Grund vorhanden, weshalb nicht freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Finnland herrschen könnten. Finnland könne ein selbständiger Staat werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit des Volkes bei Selbstständigkeitsbestrebungen unterstütze. England habe nichts dagegen, freundschaftliche Verbindungen mit der finnländischen Regierung einzuleiten, sofern diese nicht aus Personen bestehe, die in Verbindung mit Deutschland oder mit dem deutschen Militarismus gestanden haben.

Rekrutierung in der Ukraine.

WTB. **Kiew,** 3. Nov. Die Ukrainische Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Ministerrat bestätigte eine Verfügung des Kriegsministers, wonach die erste Rekrutenaushebung für die ukrainische Armee am 1. Dezember erfolgen soll. Im ganzen sollen 169 000 Mann einberufen werden, und zwar 85 000 im Dezember und 84 000 im Frühjahr.

Halle und Umgebung.

Halle, den 5. November 1918.

Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

In allernächster Zeit ist eine Bundesratsverordnung zu erwarten, die die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Deutschland durch die Gemeinden vorsieht. Reich und Staat werden voraussichtlich zehn Zwölftel der entsprechenden Kosten tragen, so daß für die Gemeinden zwei Zwölftel verbleiben. Außerdem soll eine besondere Bundesratsverordnung das Arbeitsnachweiswesen regeln, und zwar sollen die Gemeinden oder die Kommunalverbände das Recht erhalten, für bestimmte Wirtschaftsgebiete einheitliche Arbeitsvermittlungsstellen einzurichten.

Provinzial-Nachrichten.

Dessau, 4. Nov. („Noch keine Spur.") Im „Staatsanz." ist folgende Todesanzeige enthalten: „Am 18. Oktober bei dem schweren Unglück auf Bahnsteig 2 verunglückte meine liebe Braut Wally Kalbitz. Trotz alltäglichen Suchens ihres Bruders nebst Eltern ist noch keine Spur von ihr gefunden worden. Ihr tieftrauernder Bräutigam Hermann Wiersig."

Helmstedt, 3. Nov. (Der Greis als Heiratsschwindler.) Ein etwa 80jähriger Mann, der sich als Graf und Baron v. d. Linde ausgab, hat hier einige weibliche Personen geprellt, indem er ihnen die Ehe versprach, größere Schenkungen in Aussicht stellte, aber nebenbei sich von den Betreffenden einen Ueberzieher und Wohnung verschwindete. Der Gauner ist als der Invalide Heinrich Helms aus Hannover ermittelt und festgenommen worden.

× **Wetmar,** 4. Nov. (Einem Schwindler) ist ein hiesiger Geschäftsmann zum Opfer gefallen, indem auf einen gefälschten Duplikatfrachtbrief hin, der auf eine Sendung Zigarren lautete, der Kaufpreis mit 30 000 Mark bezahlt wurde. Der Gauner, der in einem hiesigen Gasthaus wohnte, ist mit dem Geld verduftet.

Vermischtes.

Eine Massenschlachtung nahmen Einbrecher in einer der letzten Nächte auf dem Gut Genzrode bei Neuruppin vor. Sie drangen dort in die Stallungen ein, schlachteten an Ort und Stelle einen Ochsen, zwei Kälber, 20 Gänse und 60 Enten ab und schafften das Fleisch und Geflügel mit einem Lastkraftwagen weg. Dieser ist nach den Ermittlungen erst gegen 4 Uhr morgens in der Richtung nach Berlin abgefahren. Zu seiner Ermittlung wurden sofort alle Behörden benachrichtigt. Bis jetzt ist es aber noch nicht gelungen, die Einbrecher mit der wertvollen Beute abzufassen.

Schwurgericht und Staatsanwaltung. Bei der Vernehmung des Chefredakteurs Meisner von der Oesterreichischen Illustrierten Zeitung als Zeuge in Wien ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall. Der Zeuge erklärte nämlich, daß er das Recht des Schwurgerichtes, Verhandlungen zu führen, nicht mehr anerkenne, da die Regierung an den deutschen Nationalrat übergegangen sei. Der Vorsitzende erklärte, daß die bestehenden Gesetze noch in Kraft sind. Der Zeuge sei daher verpflichtet, auszusagen. Hierauf erfolgte das Verhör des Zeugen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Karlshorst
am 4. November.

Eigene Drahtmeldung der Saale-Zeitung.

1. Preis von Falkenberg (5000 Meter, 25 000 Mk.): 1. Loubos, 2. Onix, 3. Saponard. Sieg 15, Platz 12, 17, 19 : 10.

2. Fliegener-Jagdrennen (4000 Meter, 14 500 Mk.): 1. Kitty, 2. Cerberus, 3. Vierich. Sieg 142, Platz 23, 18, 13 : 10.

3. a) Berglichs-Jagdrennen (3400 Mtr., 9000 Mark): 1. Friedabend, 2. Domibueus, 3. Pinkfar. Sieg 47, Platz 18, 18, 12 : 10. — b) 1. Einwurf, 2. Ostra, 3. Violetta. Sieg 120, Platz 33, 28, 19 : 10.

4. Großes Hürdenrennen (4000 Meter, Ausgleich, 25 000 Mark): 1. Harlekin, 2. Pillau, 3. Albani. Sieg 173, Platz 44, 24, 54 : 10.

5. Ermunterungs-Jagdrennen der Sluten (3200 Meter, 9000 Mark): 1. Generahem, 2. Drachenwolme, 3. Caussemare. Sieg 64, Platz 23, 23, 131 : 10.

6. Wallisches-Jagdrennen (3900 Meter, Jagdrennen für Dreijährige, 21 000 Mark): 1. Lilian, 2. [illegible], 3. Kaiserlich. Sieg 56, Platz 26, 55, 28 : 10.

7. Berliner Hürdenrennen (2400 Meter, für Dreijährige, 14 500 Mark): 1. Kanone, 2. Messang, 3. Sabine. Sieg 73, Platz 19, 18, 16 : 10.

Letzte Depeschen.

Unabhängigen-Demonstrationen in Stuttgart.

Ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. — Ein bolschewistisches Aktionsprogramm. — Großer Streik.

Stuttgart, 4. November.

In Stuttgart fand heute vormittag eine große Demonstration der unabhängigen Sozialdemokraten statt. Ein Zug von vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, die ihre Arbeit in den Daimler- und Eisenbahnwerken niedergelegt hatten, versammelten sich in Untertürkheim und Kannstatt mit roten Fahnen und Plakaten mit der Inschrift: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die sozialdemokratische Republik!" Auf dem Stuttgarter Schloßplatz hielt der Vorsitzende der Partei Siegfried Ruck sowie einige andere Führer mehrere Reden, in denen das Aktionsprogramm der Unabhängigen mitgeteilt wurde. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Bei den Ansprachen wurde mitgeteilt, daß die Waffenstillstandsbedingungen bereits in Berlin eingetroffen seien, daß die Regierung sie aber noch nicht bekanntgebe.

Der große Zug ging dann vor das Ministerium des Innern, wo der Führer der Partei und der Arbeiterrat den Minister des Innern zu sprechen wünschte. Minister v. Köhler verweigerte zuerst die Vorlassung des Führers der Partei, mußte sich aber dann der Gewalt der Forderunnen fügen. Der Arbeiterrat legte dem Minister das bolschewistische Aktionsprogramm mit der Forderung sofortiger Entscheidung darüber vor. Der Minister hat sich Bedenkzeit bis zum Nachmittage aus. Die Demonstranten beschlossen, nachmittags 3 Uhr wieder vor das Ministerium des Innern zu ziehen, um die Antwort des Ministers zu hören. Inzwischen sind auch die Arbeiter der Firma Robert Bosch in den Ausstand getreten und werden sich der Demonstration am Nachmittage anschließen.

Friedenskundgebungen in München.

Gruß an das neue Oesterreich.

Frankfurt a. M., 4. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Frankf. Ztg." meldet aus München: Gestern fand vor der Bavaria eine von einigen tausend Personen besuchte Friedenskundgebung statt. Der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner hielt eine Ansprache. Sodann wurde eine Entschließung angenommen, die der neuen österreichischen Regierung den Gruß entbietet und fordert, daß eine vom Volke zu bildende bayerische Regierung gemeinsam mit Deutsch-Oesterreich Frieden im Namen Deutschlands verkündet, was von Berlin nicht zu erreichen sei. Vor dem Mittelsbacher Palais wurde noch eine Ansprache gehalten, die mit einem Hoch auf die Republik ausklang.

Ein Dankerlaß des Kaisers.

WTB. **Berlin,** 4. Nov. (Drahtnachricht.) Amtlich wird gemeldet:

An die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz!

Bei meinem Wiedereintreffen im Großen Hauptquartier hat mir der General Feldmarschall von Hindenburg erneut über die außerordentlichen Leistungen des Westheeres in den letzten Monaten Vortrag gehalten.

Allen Führern und Truppen spreche ich meine warme Anerkennung aus. Ich gedenke vor allem der Truppen an der Oise und Aisne, deren Tapferkeit die großen Pläne des Gegners bisher zunichte machten. Ich hege die feste Zuversicht, daß die Heeresgruppe auch fernerhin ihre Pflicht tun wird. **Wilhelm I. R.**

An die anderen Heeresgruppen des Westens hat der Kaiser ähnlich lautende Telegramme gerichtet.

Paris und die Abdankungsdiskussion in Deutschland.

Die Frage ist ohne Einwirkung auf die Lage.

Köln, 4. Nov. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Zürich: In der Besprechung des Kaiserschreibens an den Reichskanzler schreibt der Temps: Die Abdankung Kaiser Wilhelms II ist in Deutschland eine Frage der inneren Politik. Immer größer wird in Deutschland der Kreis derer, die den Rücktritt dieses Herrschers fordern. Die Abdankung Wilhelms II wird jedoch weder auf die militärische noch auf die internationale politische Lage eine Einwirkung haben.

Die badischen Nationalliberalen an den Reichskanzler.

Die Kaiserfrage.

Karlsruhe, 4. Nov. (Privattelegramm.) Die nationalliberalen Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer haben mit dem geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

Mit banger Sorge verfolgen wir den Kampf um die Person des Kaisers. Unser Volk erblickt in ihm den Träger der Reichskrone und durch sie die Förderung des Reichsgedankens und das Symbol der Einheit und Größe. Die Erhaltung des Kaisertums ist eine wesentliche Notwendigkeit für das Deutsche Reich.

Die Rückverlegung der deutschen Front.

Verkürzung der Frontlinien.

WTB. **Berlin,** 4. Nov. (Drahtnachricht.) Durch die Rückverlegung der deutschen Front in Flandern und zwischen Aisne und Maas haben die deutschen Linien eine weitere Verkürzung erfahren. In Flandern wurde durch die Verlegung hinter die Schelde und den Scheidekanal die deutsche Wasserfront, die jetzt von Dascienaeus bis an die holländische Grenze reicht, um ein weiteres beträchtliches Stück verlängert. Alle Versuche der Engländer, über die Schelde zu gehen, sind bisher an allen Stellen abgewiesen worden. Die deutsche Frontverlegung zwischen Aisne und Maas brachte die Amerikaner um die Möglichkeit, ihren Einbruch in unsere Linien am 1. November taktisch weiter auszunutzen. Sie ist so geschickt durchgeführt, daß dem Feinde eine Störung nicht möglich war. Die durch die Verlegung allein dort erzielte Verkürzung der Front beträgt 20 Kilometer. Der letzte große Schlag Fochs am 1. November bedeutet im großen betrachtet somit einen neuen Erfolg der deutschen Waffen und ihrer Führung.

Amerika rüstet weiter.

Zürich, 4. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Schweizerische Blätter bringen die Nachricht aus New York, daß in Amerika weiter zum Kriege gerüstet wird, was sich nur gegen einen der bisherigen Verbündeten richten kann. Die amerikanische Presse in der Schweiz, dessen Hetze gegen Deutschland neuerdings nachgelassen hat, bringt eine Meldung aus New York, wonach das Kriegsdepartement der Union mitteilt, daß die Kanonengießereien in den großen amerikanischen Fabriken trotz der Friedensaussichten außerordentlich beschleunigt arbeiten, damit Amerika später gerüstet sei, um nicht unter Mangel an schwerer Artillerie zu leiden.

Die amerikanischen Senatswahlen.

Zwei Entwürfe für die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 4. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In hiesigen politischen maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß der am Morgen des 5. November stattfindenden Wahlen zum amerikanischen Senat von ganz außerordentlicher Bedeutung für die künftige Entwickelung der Ereignisse sein werden, da von ihrem Ausgange wahrscheinlich die Entscheidung über die Waffenstillstandsbedingungen und über die Friedensbedingungen abhängt. Auf Grund der vorliegenden Nachrichten ist man zu der Annahme berechtigt, daß ein Entwurf Wilsons für den Waffenstillstand vorliegt und einer von der Entente, der hauptsächlich unter dem Einflusse Frankreichs entstanden ist und wesentlich schärfere und maßlose Bedingungen enthält. Angesichts dieses Gegensatzes scheint beschlossen worden zu sein, die amerikanischen Wahlen abzuwarten, um zu sehen, ob Wilson noch das Vertrauen seines Landes besitzt. Sollte Wilson mit seinem Programm siegreich aus den Wahlen hervorgehen, so ist anzunehmen, daß er seine Bedingungen auch bei den Alliierten durchsetzen werde.

Demission des polnischen Kabinetts.

WTB. **Warschau,** 4. Nov. (Drahtnachricht.) Der Aufruf des polnischen Ministerrats betreffend die Bildung einer nationalen Regierung wurde, wie gemeldet, ohne Wissen des Regentschaftsrats beschlossen und veröffentlicht. Wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, hat das Kabinett Smigrynski heute vom Regentschaftsrate die Demission erhalten.

Abtransport der Flüchtlinge aus Holland.

WTB. **Paris,** 4. Nov. (Drahtnachricht.) Die holländische Regierung hat die Schiffe der Batavia-Linie zur Verfügung der französischen Regierung gestellt, um die Flüchtlinge aus Nordfrankreich, die in Holland ein Unterkommen fanden, in ihr Land zurückzubringen. Der Dienst, welcher sofort organisiert wird, wird ermöglichen, täglich 1500 Personen zu befördern. Man hat die Absicht, die Schiffe ständig fahren zu lassen, bis alle Flüchtlinge nach Frankreich zurückgekehrt sind.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 4. Nov. Der Verkehr an der heutigen Börse war, wenn es auch zeitweilig hier und da zu etwas lebhafteren Umsätzen kam, im allgemeinen still. Gleich bei Beginn des Verkehres machte sich im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen eine rückläufige Kursbewegung bemerkbar, die im weiteren Verlaufe Fortschritte machte. Auf fast allen Marktgebieten kam umfangreiches Angebot heraus, das nicht immer Aufnahme fand. Im Montanmarkt hatten namentlich Bismarckhütte einen größeren Abschlag zu verzeichnen; auch Bochumer, Kattowitzer, Deutsch-Luxemburger, Lothringer und andere mehr stellten sich prozentweise niedriger. Elektrizitätswerte, mit Ausnahme von Schuckert-Aktien, die etwas mehr Widerstandsfähigkeit bekundeten, folgten der Abwärtsbewegung. Dasselbe ist von Schiffahrtsaktien zu sagen, von denen besonders Hansa, Paketfahrt und Südamerikaner größere Kursverluste zu beklagen hatten. Auf dem Markte der Rüstungswerte herrschte größeres Angebot in Rheinmetall, Daimler, Orenstein und Koppel. Von sonstigen Papieren, die stärker im Kurse rückgängig waren, seien Deutsche Kali-Aktien genannt. Am Rentenmarkte herrschte ebenfalls schwächere Stimmung. Erheblicher gaben teilweise österreichisch-ungarische Renten nach.

Devisenkurse.

Berlin, 4. November.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorkam. Tag Geld	Vorkam. Tag Brief
New York	1 Doll.	283,50	283,50	280,00	280,50
Holland	100 fl.	177,50	178,00	176,00	177,00
Dänemark	100 Kr.	194,75	19 ,75	192,25	192,75
Schweden	100 Kr	178,75	179,75	177,75	178,75
Norwegen	100 Kr.	13 ,25	137,00	136,75	137,00
Wien	100 K.	57,20	57,30	57,95	58,05
Budapest	100 Leva	79,00	79,50	79,00	79,50
Bulgarien					

Konstantinopel Geld 20.30 Brief 20 40 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 136.00 Brief 137 00 für 100 Peseten

Helsingfors 73,25 73,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Getreide.

Berlin, 4. Nov. Die Kartoffelernte hat unter dem Einflusse der letzten schönen Tage weitere gute Fortschritte gemacht und dürfte wohl bald beendet sein. Die Ertragsschätzungen lauteten aus einzelnen Gegenden sehr verschieden, so daß ein Gesamtbild vorläufig nicht möglich ist. Inzwischen nimmt der Handel mit Saatkartoffeln einen recht lebhaften Fortgang. Die Lieferungen dürften erst meist zum Frühjahr erfolgen. Das teilweise recht große Geschäft in Kohlrüben ist durch die immer erfolgte öffentliche Bewirtschaftung dieses Artikels zu Ende gekommen und bildet lediglich von einer Freigabe der Ware ab. In landwirtschaftlichen Sämereien hat sich nichts geändert. Serradella bleibt schwach. In Klee- und Grasmat ist das Geschäft still. Die Zufuhren von Heu, Stroh und Hackfel an die Kommunen sind verhältnismäßig gering. Von Ersatzmitteln hat Heidekraut regelmäßiges Geschäft. Wetter: trübe.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Riechner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw. Dr. Karl Bauer; für den Anzeigenteil: B. Dachenbrock.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105013/fragment/page=0004